

# **Klima schützen, Wohlstand sichern – Baden-Württembergs grüner Weg ins klimaneutrale und fossilfreie Zeitalter**



LDK in Sindelfingen am 21.-22.09.2019

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 22.09.2019  
Tagesordnungspunkt: KLI Leitantrag

## 1 Klima schützen, Wohlstand sichern – Baden- 2 Württembergs grüner Weg ins klimaneutrale und 3 fossilfreie Zeitalter

4        :  
5        :  
6        :  
      „Der Mensch braucht die Natur, die Natur den Menschen nicht. Der Mensch ist Teil der Natur, er ist ihr nicht übergeordnet. Erst wenn er das begreift, hat er eine Überlebenschance.“ (Richard von Weizsäcker)

### 7 **I. Menschheitsfrage Klimaschutz**

8 Wir stehen am Scheidepunkt. Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob  
9 wir die Klimakrise noch eindämmen können, oder ob es nur noch darum geht, mit  
10 ihren Folgen fertig zu werden. Die Folgen haben wir in Baden-Württemberg im  
11 vergangenen Sommer erlebt. 2018 war das wärmste Jahr in Baden-Württemberg seit  
12 Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881. Ein Hitzerekord folgt mittlerweile dem  
13 anderen, die wärmsten Sommer fielen allesamt auf die vergangenen 20 Jahre. Die  
14 Folgen: Rekord-Trockenheit, Ernteauffälle, Niedrigwasser, Wasserknappheit. Der  
15 Bodensee, das schwäbische Meer, wird immer wärmer. Wir können damit umgehen,  
16 noch.

17 Zahlreiche Arten und ganze Ökosysteme sind mittlerweile durch die Klimakrise  
18 bedroht – von den Korallenriffen bis zum heimischen Braunkehlchen und Auerhuhn.  
19 Unser Klimasystem steht kurz davor, kritische Schwellenwerte zu erreichen. Sind  
20 diese Kippunkte erreicht, gibt es keinen Weg zurück. Dann nutzen uns die beste  
21 Technik und die originellsten Ideen nichts mehr. Dann wird sich unser Ökosystem  
22 dramatisch und katastrophal verändern. Unser Planet wird das verkraften. Wir  
23 nicht.

24 Wir wissen das alles. Es ist untersucht und vielfach wissenschaftlich belegt.  
25 Aber die Bundesregierung handelt wie viele andere Regierungen einfach nicht. CO<sub>2</sub>  
26 ist unter den Treibhausgasen der größte Treiber der Klimakrise. Trotzdem ist es  
27 immer noch nahezu kostenlos, unseren Planeten aufzuheizen. Die Energie- und  
28 Verkehrswende werden verschleppt, der Ausbau der Erneuerbaren wird von der  
29 Bundesregierung ausgebremst. Und die schmutzigsten Kohlekraftwerke laufen  
30 weiterhin.

31 Wir Grüne haben wie viele andere verstanden. Der Klimaschutz ist eine  
32 Menschheitsfrage. Die Zeit drängt. Das spüren immer mehr Menschen und sie sind

33 bereit zu handeln. Die Fridays-for-Future-Bewegung macht das sehr deutlich.  
34 Darin liegt unsere Chance.

35 Der Schutz unseres Klimas und damit unserer eigenen Zukunft kann das einende  
36 Band unserer Gesellschaft sein. Das Pariser Abkommen und der IPCC Special Report  
37 zeigen, dass das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen ist. Um dies realistisch zu  
38 erreichen, braucht es allerdings eine radikal andere Politik. Die Erderwärmung  
39 auf 1,5 Grad zu begrenzen ist Grundlage und Rahmen unserer Politik. Der  
40 Klimaschutz kann Innovationstreiber für die Wirtschaft sein, zum Auftragsmotor  
41 für das Handwerk werden. Er kann zu einer umfassenden Modernisierung unserer  
42 Infrastruktur und unserer Gebäude führen. Er kann unsere Energieversorgung  
43 enkeltauglich machen. Die Klimakrise erzeugt genau den Innovationsdruck, den wir  
44 benötigen, um den technologischen Sprung nach vorne zu machen. Wer heute  
45 innovative Klimaschutztechnik entwickelt, ist der Marktführer von morgen. Die  
46 Klimakrise kennt keine Grenzen. Der Bedarf an emissionsarmen Antrieben, an  
47 klimafreundlichen Produktionstechniken, an ressourcenschonendem und nachhaltigem  
48 Bauen, an Komponenten für Erneuerbare-Energie-Anlagen oder an Wärmedämmung wird  
49 weltweit steigen. Klimaschutz ist die Grundlage der Zukunft und Klimaschutz ist  
50 der Markt der Zukunft. Und wir können führend sein. Ökonomisch und ökologisch.  
51 Wir können Wohlstand schaffen, indem wir unser Klima schützen und gleichzeitig  
52 die soziale Spaltung verhindern. Denn überall auf der Welt haben diejenigen mit  
53 geringen finanziellen Mitteln die geringsten Möglichkeiten, sich vor den  
54 Auswirkungen der Klimaveränderung zu schützen. Öl ist das Schmiermittel der  
55 alten Welt. Der Klimaschutz ist der Innovationstreiber der neuen Welt. Und  
56 sichert die Überlebensfähigkeit unserer Kinder und Enkel.

57 Klimaschutzpolitik ist für uns auch soziale Politik. Wir gestalten den  
58 Strukturwandel hin zu einer ökologischen Gesellschaft sozial gerecht. Wir bieten  
59 denjenigen eine Perspektive, die am stärksten von den Veränderungen betroffen  
60 sind.

61 Wir setzen uns in Baden-Württemberg für eine politische Mehrheit ein, um eine  
62 „Erklärung des klimatischen Notfalls“ auszurufen. Dies ist ein öffentlich  
63 wirksames Signal, mit dem wir zeigen, dass wir die Eindämmung der Klimakrise und  
64 ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von allerhöchster Priorität ansehen.  
65 Darüber hinaus kommunizieren wir öffentlich die Risiken, dass aus der  
66 „Klimakrise“ eine „Klimakatastrophe“ wird, wenn es uns nicht gelingt, alle Teile  
67 der Gesellschaft zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele ins Boot zu holen.

## 68 **II. Transformation konkret - Klimawende gestalten,** 69 **Wirtschaft stärken und Wohlstand sichern**

70 Die grün-geführte Landesregierung hat den Klimaschutz ins Zentrum der Politik  
71 gerückt und die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft seit  
72 2011 entschlossen vorangetrieben. Wir haben als eines der ersten Länder  
73 überhaupt ein Klimaschutzgesetz verabschiedet und so dafür gesorgt, dass der  
74 Klimaschutz in Baden-Württemberg Gesetzesrang hat. Grün macht ganz klar den  
75 Unterschied. Seit wir Grüne an der Regierung sind, hat sich die in Baden-  
76 Württemberg erzeugte Strommenge aus Windkraft verdreifacht. Wir könnten viel

77 weiter sein, würden die neuen Ausschreibungsregeln der CDU-geführten  
78 Bundesregierung den Windkraftausbau in Süddeutschland nicht seit 2017  
79 ausbremsen. Wir sorgen dafür, dass Dachflächen und geeignete Freiflächen stärker  
80 zur Erzeugung von Sonnen-Strom genutzt werden. Die Landesregierung baut Solar  
81 auf landeseigenen Dächern aus, mittlerweile sind 100.000 Quadratmeter bedeckt.  
82 Nirgendwo sonst in Deutschland wird so viel in energetische Gebäudesanierung  
83 investiert wie bei uns, bei der Energieeffizienz ist Baden-Württemberg  
84 Spitzenreiter. Nach einer aktuellen Studie der „Agentur für Erneuerbare  
85 Energien“ liegt Baden-Württemberg bei der Energiewende bundesweit auf Platz 1.

86 Bei der eigenen Verwaltung geht die Landesregierung mit gutem Beispiel voran.  
87 Seit Beginn des Jahrzehnts hat die Landesverwaltung ihre Treibhausgasemissionen  
88 um rund ein Drittel reduziert. Mit Kalifornien wurde eine schlagkräftige  
89 internationale Klimaallianz der Regionen – die Under-2-Koalition – aus der Taufe  
90 gehoben. Daraus ist inzwischen ein weltumspannendes Bündnis geworden: Über 220  
91 Regionen und Metropolen mit mehr als 1,3 Milliarden Einwohner\*innen und über  
92 einem Drittel der weltweiten Wirtschaftskraft sind Teil der Koalition, die sich  
93 zum Ziel gesetzt hat, den Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad zu  
94 begrenzen. Im Rahmen der Initiative verpflichten sich Länder und Regionen auf  
95 subnationaler Ebene auf Mindestziele, so bleiben etwa bedeutende US-Staaten wie  
96 Kalifornien und New York Teil des internationalen Klimadialogs, auch nach einem  
97 Austritt der USA aus dem Pariser Vertrag. Auch mit dem Vermögen des Landes  
98 betreibt die Landesregierung Klimaschutz, indem sie die Rücklagen für Pensionen  
99 nachhaltig anlegt. Das bedeutet einen Investitionsstopp für die Geschäftsfelder,  
100 die den Klimaschutzziele entgegenstehen.

101 Weil grüne Technologien längst Wachstumstreiber und Exportschlager sind,  
102 unterstützt die grün-geführte Landesregierung die Unternehmen, ihre  
103 Spitzenposition bei grünen Technologien und Ressourceneffizienz weiter  
104 auszubauen, etwa mit dem Think Tank Ressourcenstrategien. Hier entwickeln  
105 Wissenschaft und Unternehmen Hand in Hand die Technologien und  
106 Produktionsverfahren von morgen.

107 Die grün-geführte Landesregierung hat ganz konkrete Weichen gestellt, um Baden-  
108 Württemberg zum Vorreiter einer neuen nachhaltigen Mobilität zu machen. Die  
109 Neuvergabe der Nahverkehrsnetze hat für besseren Schienennahverkehr gesorgt –  
110 für weniger Geld. Mit dem neuen BW-Tarif kann jede und jeder mit einem einzigen  
111 Ticket durch alle 22 Verkehrsverbände in Baden-Württemberg fahren – im Schnitt  
112 um 25 Prozent günstiger. Ein bundesweit einmaliges Maßnahmenpaket sorgt für  
113 saubere Luft in den Städten und besseren Klimaschutz im Verkehr, rund 450  
114 Millionen Euro werden investiert in einen besseren und preiswerteren ÖPNV, in  
115 elektrische Busse, in intelligente Verkehrssteuerung und mehr Park-and-ride-  
116 Parkplätze. Das emissionsfreie Auto der Zukunft soll „Made in Baden-Württemberg“  
117 sein. Deshalb hat unser Ministerpräsident als erster einen Strategiedialog zur  
118 Transformation des Automobils gestartet, ein deutschlandweit einzigartiges  
119 Format. Die Landesregierung treibt die wichtigen Schlüsseltechnologien  
120 entschlossen voran, u. a. schafft sie mit neuen Stromtankstellen ein  
121 flächendeckendes Ladenetz für Elektroautos und investiert in Batterie- und

122 Wasserstoffforschung. Die Förderung des Fahrrads als umweltfreundliches und  
123 gesundes Verkehrsmittel nimmt endlich den Platz ein, den sie verdient. Zum  
124 Ausbau der kommunalen Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur wurden 93 neue Projekte  
125 in das Förderprogramm 2018 bis 2022 aufgenommen, dafür stehen insgesamt 46  
126 Millionen Euro zur Verfügung.

## 127 **1. Klimaneutrales und fossilfreies Baden-Württemberg zur** 128 **Erreichung des 1,5-Grad-Ziels**

129 Um das Paris-Abkommen einzuhalten, müssen wir auch in Baden-Württemberg an Tempo  
130 zulegen. Zwar wurden in den letzten Jahren gerade beim Ausbau erneuerbarer  
131 Energien gute Fortschritte erzielt. In anderen Bereichen wie Verkehr oder  
132 Gebäudewärme sind wir aber vom Erreichen der Klimaziele noch weit entfernt. Es  
133 bedarf daher größter Kraftanstrengungen auf allen politischen Ebenen und in der  
134 Zivilgesellschaft. Nach dem Konzept des Carbon Budgets hat Baden-Württemberg nur  
135 noch 610 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zur Verfügung, gerechnet ab 1.1.2018. Bei  
136 gleichbleibendem Ausstoß wäre dieses Budget schon 2024 aufgebraucht. Mit jedem  
137 neuen IPCC-Bericht muss das verbleibende Carbon Budget angepasst werden.

138 Unser Schrittmacher: das neue Klimaschutzgesetz. Die Eckpunkte hat die grün-  
139 geführte Landesregierung beschlossen. Mit dem Integrierten Energie- und  
140 Klimaschutzkonzept (IEEK) erarbeitet sie unter Beteiligung der Bürger\*innen ein  
141 ambitioniertes Maßnahmenpaket dazu. Das IEKK stellt die konzeptionelle Grundlage  
142 für die Energie- und Klimapolitik in Baden-Württemberg dar. Unser Ziel: unsere  
143 Emissionen bis 2030 um mindestens 42 Prozent zum Basisjahr 1990 zu senken. Um  
144 dem Pariser Klimaabkommen gerecht zu werden und schnellstmöglich ein  
145 klimaneutrales Baden-Württemberg zu erreichen, müssen wir diese Ziele  
146 weiterentwickeln. Ambitionierter Klimaschutz ist eine Chance. Denn als  
147 Innovationsstandort ist unser Land in einer Vorreiterrolle. Gutes Klima, gute  
148 Wirtschaft. Wir wollen zeigen, dass der Schutz des Klimas die Basis für  
149 langfristig erfolgreiches Wirtschaften ist. Gemeinsam mit Unternehmen,  
150 Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften werden wir die Entwicklung fossilfreier  
151 Technologien weiter fördern und zur Marktreife bringen.

152 Die öffentliche Hand muss beim Klimaschutz Vorbild sein, indem Landes- und  
153 Kommunalverwaltungen bis 2030 weitgehend klimaneutral arbeiten. Hierbei  
154 unterstützt der Klimaschutzpakt des Landes, dem sich bereits ca. 250 Städte und  
155 Gemeinden angeschlossen haben. Auch in Verwaltungsverfahren muss der Klimaschutz  
156 gestärkt werden. Alle zur Entscheidung anstehenden Planungen und Baumaßnahmen  
157 sind auf ihre Klimaverträglichkeit hin zu prüfen, bevor eine politische  
158 Entscheidung über die Umsetzung erfolgt. Außerdem braucht es wirksame  
159 Sanktionsmaßnahmen bei Nichteinhaltung von Klimazielen.

160 Wir wollen in Baden-Württemberg so viel Treibhausgas wie möglich einsparen. Was  
161 wir darüber hinaus in Baden-Württemberg durch CO<sub>2</sub>-Senken, wie zum Beispiel Moore  
162 oder die Rückgabe zuvor versiegelter Flächen an die Natur, kompensieren können,  
163 wollen wir vor Ort umsetzen. Sollte es noch Bedarf für zusätzliche CO<sub>2</sub>-  
164 Kompensationen geben, sollen diese aus Senken innerhalb der Europäischen Union

165 kommen und die zusätzliche, langfristige und nachhaltige Bindung von  
166 Treibhausgasen sicherstellen."

167 Um Klimaschutz die Bedeutung zukommen zu lassen, die er verdient, wollen wir für  
168 Infrastruktur und andere bedeutsame Projekte in Baden-Württemberg einen  
169 Klimavorbehalt. Damit sollen alle zukünftigen Vorhaben und Gesetze auf Bundes-  
170 und Landesebene auf ihre Klimaverträglichkeit überprüft werden. Das Pilotprojekt  
171 Gemeinwohlabilanz, das derzeit im Land in der Umsetzung ist, werden wir  
172 evaluieren und unter Berücksichtigung der Erfahrungen weiter ausweiten.

173 Auf die Kommunen kommt es an. Ob bei der Strom- und Wärmewende, energetischen  
174 Gebäudesanierungen, ressourcenschonendem Bauen, nachhaltiger Stadtentwicklung  
175 oder klimafreundlicher Mobilität. Und durch Projekte in der Kommune wird der  
176 Klimaschutz vor Ort greifbar, nachvollziehbar, erlebbar. Das Land unterstützt  
177 sie mit passgenauen Förderprogrammen wie „Klimaschutz Plus“, die weiter  
178 aufgestockt werden müssen. Wir wollen eine Prüfung, ob die bisher im neuen  
179 Klimaschutzgesetz vorgesehene Verpflichtung für die kommunale Wärmeplanung auf  
180 weitere klimarelevante Bereiche und Maßnahmen übertragen werden kann.

181 Es muss endlich für CO<sub>2</sub> und alle weiteren relevanten Treibhausgase (im Folgenden  
182 zusammengefasst als CO<sub>2</sub> bezeichnet) in allen Sektoren einen einheitlichen Preis  
183 geben. Einen Preis mit Lenkungswirkung. Wir unterstützen den Vorstoß der  
184 Bundesgrünen und der grün-regierten Länder einen Preis für den Ausstoß von CO<sub>2</sub>  
185 einzuführen. Nur wenn die Preise die ökologisch notwendige Lenkungswirkung  
186 haben, können wir unsere Lebensgrundlagen erhalten. Wir wollen nach dem  
187 Grundsatz handeln: Die alte Energiewelt finanziert die neue. Hier muss der Bund  
188 aktiv werden. Auf fossile Kraft- und Brennstoffe wird ein Preisaufschlag  
189 erhoben, der über die Zeit anwächst. Ein Preis von 180 Euro pro Tonne  
190 entsprechen den aktuell geschätzten Folgekosten, die eine Tonne CO<sub>2</sub>-Emissionen  
191 verursacht. Wir könnten uns einen Einstiegspreis von 50-60 Euro pro Tonne  
192 vorstellen, der jedes Jahr um ca. 10 Euro ansteigt. Es ist quasi eine Müllgebühr  
193 für den klimazerstörenden CO<sub>2</sub>-Abfall. Die Einnahmen werden als Energiegeld sowie  
194 durch die Senkung auf das EU-rechtliche Minimum der Stromsteuer und einer  
195 grundsätzlichen Reform der Energiebesteuerung an die Bürgerinnen und Bürger  
196 zurückgegeben. Dadurch entsteht ein sozialer Klimaausgleich, der  
197 klimaschützendes Verhalten fördert.

198 Gleiches gilt für Unternehmen: mit einem für den Klimaschutz wirksamen CO<sub>2</sub>-  
199 Mindestpreis im Emissionshandel, der bei mindestens 40 Euro pro Tonne beginnt  
200 und planungssicher ansteigt. Damit werden Einnahmen generiert, die an die  
201 Wirtschaft zurückfließen und Anreize für Innovationen und Investitionen in  
202 klimaverantwortliche Produkte und Produktionsweisen geben. Es kommt vor allem  
203 darauf an, den CO<sub>2</sub>-Preis zügig einzuführen. Wir können bei der Rettung des  
204 Klimas nicht weitere Jahre verschenken.

205 Die Ziele des Paris-Abkommens erreichen wir nur gemeinsam. Alle politischen  
206 Ebenen – die EU, die Mitgliedsstaaten, Länder und Regionen, die Kommunen –  
207 müssen eng vernetzt zusammenarbeiten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die  
208 europäische Union Ihre Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien, die

209 Energieeffizienz und die Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses daran ausrichtet, dass  
210 sie dem Pariser Klimaabkommen gerecht wird und schnellstmöglich EU-weit  
211 Klimaneutralität erreicht wird. Die von Baden-Württemberg initiierte Under-2-  
212 Koalition zeigt, wie gut Klimaschutz vorankommt, wenn alle mitmachen. Auch die  
213 International Zero-Emission Vehicle Alliance (ZEV Alliance) wird von Baden-  
214 Württemberg aktiv unterstützt.

215 Der Klimawandel wartet nicht – wir müssen jetzt handeln. Es drängt. Wir fordern  
216 daher die Landesregierung und die Landtagsfraktion auf, ein Sofortprogramm für  
217 den Klimaschutz auf den Weg zu bringen, das überall dort greift, wo  
218 klimarelevante Fragen in Landeskompetenz fallen, und wo die bisher ergriffenen  
219 Maßnahmen nicht ausreichen. Die Landesverwaltung selbst hat das Ziel, bis 2040  
220 klimaneutral zu werden – das geht schneller. Im Landeshaushalt 2020/2021 sollen  
221 deswegen bestehende Projekte und Förderprogramme auf ihre Klimawirksamkeit hin  
222 überprüft werden. Ein Klimapaket bündelt zusätzliche Maßnahmen in allen  
223 Ressorts:

- 224 • die Energieeffizienz mit einem Förderprogramm für Kommunen für kommunale  
225 Wärmeplanung steigern und umsetzen;
- 226 • eine Offensive für gebäudeintegrierte Photovoltaikanlagen auflegen;
- 227 • durch eine Angebotsoffensive für mehr Busse und Bahnen und eine  
228 verlässliche Mobilitätsgarantie umweltfreundliche Verkehrsträger ausbauen;
- 229 • mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft die Notwendigkeit der  
230 Transformation der Automobilwirtschaft hin zum emissionsfreien Fahren  
231 sichtbar machen;
- 232 • in Wissenschaft und Forschung mit dem emissionsfreien Campus und dem  
233 Innovationscampus Mobilität Vorzeigeprojekte fördern;
- 234 • durch eine verstärkte Förderung ökologischer Landwirtschaft den  
235 Klimaschutz stärker verankern.

### 236 **1.1 Unser Land voller Energie: Strom, Wärme und Netz**

237 Im Bereich Energie haben acht Jahre grüne Regierungsführung deutliche Wirkung  
238 gezeigt: Der Anteil erneuerbarer Energien ist von 17,2 Prozent im Jahr 2010 auf  
239 27,5 Prozent im Jahr 2017 gestiegen, der Windkraftausbau kam endlich in Schwung  
240 mit einer Verdreifachung der installierten Leistung seit 2011, das Erneuerbare-  
241 Wärme-Gesetz wurde novelliert und ambitionierter ausgestaltet, vielfältige  
242 Förderprogramme schaffen Anreize zur Energieeinsparung und  
243 Energieeffizienzmaßnahmen und die PV-Offensive soll den Ausbau der Solarenergie  
244 weiter voranbringen, sodass wir das Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität schnellstmöglich  
245 erreichen. Trotzdem sind wir noch lange nicht am Ziel und müssen vor dem  
246 Hintergrund der auch in Baden-Württemberg verfehlten Klimaziele das Tempo  
247 erhöhen. Wir lehnen weitere Investitionen in fossile Infrastruktur ab und setzen  
248 auf den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien, der Speichertechnologien,  
249 der Übertragungs- und Verteilnetze sowie Energieeffizienzmaßnahmen und -  
250 technologien.

251 Der größte Hebel bei der Energieerzeugung auf Landesebene ist die Verfügbarkeit  
252 von Flächen. Das größte Potenzial hat in Baden-Württemberg die Solarenergie –  
253 wir wollen mehr Flächen hierfür planerisch zugänglich machen, die  
254 Genehmigungsverfahren beschleunigen und das Beratungsangebot für die Kommunen  
255 ausbauen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, Freiflächen-Photovoltaik  
256 auch im Außenbereich als privilegierte Maßnahme zu zulassen. Dabei achten wir  
257 darauf, der Landwirtschaft wertvolle Anbauflächen nicht zu entziehen. Wir  
258 fordern die Bundesregierung auf, Freiflächenphotovoltaik und Agrophotovoltaik  
259 auch im Außenbereich als privilegierte Maßnahme zu zulassen, um eine  
260 gleichzeitige Nutzung von Böden zur Nahrungsmittelproduktion und PV-  
261 Stromerzeugung zu ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir den Bau von  
262 Photovoltaikanlagen auf Neubauten verpflichtend machen und Bürgersolaranlagen  
263 und Energiegenossenschaften fördern.

264 Die regionalen Energieagenturen und die Klimaschutz- und Energieagentur des  
265 Landes sind wichtige Partner für den Klimaschutz – wir wollen sie weiter stärken  
266 und für die Ziele des Klimaschutzes nutzen.

267 Wir wollen Verbindlichkeit und Planungssicherheit beim Ausbau von erneuerbaren  
268 Energien, deshalb sollen den Planungsträgern Ausbauziele vorgegeben werden. Wir  
269 fordern die Bundesregierung auf, die vielen Deckelungen der erneuerbaren  
270 Energien aufzuheben. Sie muss die jährlichen Ausbauziele für erneuerbare  
271 Energien sowie die jährlichen Ausschreibungsmengen für PV-Freiflächenanlagen und  
272 Windkraftanlagen deutlich erhöhen. Wir wollen Verbindlichkeit und  
273 Planungssicherheit beim Ausbau von erneuerbaren Energien, deshalb sollen den  
274 Planungsträgern Ausbauziele vorgegeben werden. Wir fordern die Bundesregierung  
275 auf, die vielen Deckelungen der erneuerbaren Energien aufzuheben. Sie muss die  
276 jährlichen Ausbauziele für erneuerbare Energien sowie die jährlichen  
277 Ausschreibungsmengen für PV-Freiflächenanlagen und Windkraftanlagen deutlich  
278 erhöhen. Baden-Württemberg wird durch z. B. Elektromobilität, Power2Gas und  
279 Wärmepumpen zukünftig einen deutlich größeren Strombedarf haben als heute. Wir  
280 benötigen damit in den nächsten Jahren wesentlich höhere jährliche Zubauraten im  
281 unteren einstelligen Gigawattbereich für Baden-Württemberg bei Photovoltaik und  
282 Windkraft um das 1,5 °C-Emissionsbudget einzuhalten. Diese Anlagen wollen wir  
283 größtenteils im Land bauen, um damit auch die lokale Wertschöpfung  
284 sicherzustellen. Wir fordern die Bundesregierung auf, hierzu die nötigen Weichen  
285 zu stellen. Auf Landesebene wollen wir dazu mit der Novelle des  
286 Klimaschutzgesetzes mehr Flächen für Erneuerbare zur Verfügung stellen.

287 Um die Anreize für Investor\*innen und Hausbesitzer\*innen in Erneuerbare Energien  
288 weiter zu stärken, wollen wir Grüne diskutieren, ob eine Senkung der  
289 Mehrwertsteuer für Photovoltaikanlagen, Solarthermie-Anlagen, Wärmedämmung und  
290 Windkraftanlagen sinnvoll ist.

291 In Baden-Württemberg ist Wasserkraft eine bedeutende Säule der erneuerbaren  
292 Energiegewinnung. Daher setzen wir uns für weitreichende Förderprogramme für  
293 kleinere Wasserkraftwerke ein. Diese Form der Energiegewinnung ist nicht nur  
294 wichtig für die Netz- und Systemstabilität, sondern ist darüber hinaus  
295 schwarzstartfähig und kann im Falle eines Blackouts zum Wiederaufbau der

296 Versorgung beitragen. Wasserkraft bietet überdies Möglichkeiten zur regionalen  
297 und dezentralen Stromerzeugung.

298 Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Klimaschutz-Musterland machen. Die  
299 Landesverwaltung soll ihre Vorbildfunktion annehmen und bis zum Jahr 2030 CO<sub>2</sub>-  
300 neutral arbeiten. Dazu wollen wir die energetische Gebäudesanierung  
301 landeseigener Liegenschaften voranbringen, das Projekt „Green IT“ fortschreiben  
302 und ambitionierter machen und bei Neuanschaffungen für die Fahrzeugflotte auf  
303 erneuerbare Antriebe setzen. Da Fahrzeuge mindestens zehn Jahre in Betrieb sind,  
304 soll die Landesregierung bereits heute, wo immer möglich, keine fossil  
305 betriebenen Fahrzeuge mehr beschaffen. Dienstreisen sollen möglichst  
306 klimafreundlich realisiert oder, wenn nicht möglich, kompensiert werden. Beim  
307 Photovoltaik-Ausbau wollen wir im Land mit gutem Beispiel vorangehen und bis zum  
308 Jahr 2030 alle dafür geeigneten landeseigenen Gebäude mit Potenzial mit PV-  
309 Anlagen ausgestattet haben. Für interne Berechnungen der Landesregierung zu den  
310 Kosten des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes soll ein Schattenpreis von 180 Euro pro Tonne  
311 eingeführt werden. Dieser bildet die realen Kosten für Gesellschaft und Umwelt  
312 ab. Mit einem solchen Schattenpreis für alle Verwaltungsaktivitäten wird es  
313 einfacher, wenig CO<sub>2</sub>-intensive Produkte und Verfahren zu bevorzugen. Folgen- und  
314 Kostenabschätzungen von Maßnahmen und Gesetzen berücksichtigen damit vollständig  
315 den Klimaschutz.

316 Auch die baden-württembergischen Unternehmen gehen beim Klimaschutz voran. So  
317 will zum Beispiel Bosch ab 2020 als erstes großes Industrieunternehmen komplett  
318 klimaneutral sein. Wir begrüßen diese Zielsetzung und wollen einen Klimadialog  
319 mit der Industrie führen, um die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu  
320 fördern. Die landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit Beteiligung des  
321 Landes sollen dafür mit gutem Beispiel vorangehen und bis zum Jahr 2035 CO<sub>2</sub>-  
322 neutral arbeiten. Kleinere Anteile an Unternehmen, die mit fossilen  
323 Energieträgern umgehen, sollen zeitnah aus dem Portfolio des Landes entfernt  
324 werden. Die EnBW fordern wir dazu auf, die Europäischen Schutzstandards für  
325 Quecksilber- und Stickoxidemissionen in allen ihren Kraftwerken, insbesondere im  
326 Kraftwerk Lippendorf, unverzüglich einzuhalten und bis spätestens zum Jahr 2023  
327 die Verstromung der CO<sub>2</sub>-intensiven Braunkohle zu beenden. Auch in Baden-  
328 Württemberg sind derzeit mehrere moderne Gaskraftwerke nicht in Betrieb während,  
329 aus wirtschaftlichen Gründen, Steinkohlekraftwerke Strom erzeugen. Dieses  
330 Verhältnis muss umgedreht werden und die Gaskapazitäten im Land genutzt  
331 werden, denn durch die Umstellung von Kohle auf Gas als Brennstoff kann eine  
332 rasche CO<sub>2</sub>-Reduktion erzielt werden.

333 Unternehmen, an denen das Land oder seine Institutionen größere Anteile besitzen  
334 (EnBW, Flughafen Stuttgart, Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden), sollen  
335 Treibhausgasneutralität inklusive aller erbrachten Dienstleistungen schon im  
336 Jahr 2035 erreichen. Wir begrüßen, dass die Landesregierung sich das Ziel  
337 gesetzt hat, auch bei den landeseigenen Unternehmen treibhausgasneutral zu  
338 handeln.

339 **1.2 Mobilitätsland der Zukunft: klimafreundlich, vernetzt,**  
340 **digital**

341 Das gegenwärtige Mobilitätssystem stößt an seine Grenzen. Es schadet dem Klima,  
342 der Umwelt und unserer Lebensqualität. Kurzum: Es ist nicht zukunftstauglich.  
343 Der Verkehr ist für knapp ein Drittel aller Treibhausgase in Baden-Württemberg  
344 verantwortlich. Dabei ist besonders besorgniserregend, dass seine Emissionen in  
345 den letzten Jahren sogar wieder gestiegen sind und damit höher sind als im  
346 Referenzjahr 1990. Da packen wir an. Es ist klar: ohne Verkehrswende keine  
347 Klimawende. Wer den Klimaschutz ernst meint, treibt die Verkehrswende voran. Wir  
348 Grüne handeln – beherzt und innovativ: bei der Vermeidung von Verkehr, der  
349 Verlagerung auf effizientere Verkehrsträger und einer zügigen Dekarbonisierung  
350 aller Verkehrsströme. Das gilt für die Mobilität von Menschen und den  
351 Gütertransport. Damit die Verkehrswende gelingt, haben wir uns noch mehr  
352 vorgenommen.

353 *Öffentlichen Verkehr im Land verdoppeln*

354 Die wichtigste Stellschraube in der Verantwortung des Landes, um die  
355 Klimaschutzziele zu erreichen, ist die Verdopplung der Fahrgastnachfrage im  
356 öffentlichen Verkehr zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in  
357 Baden-Württemberg bis 2030. Dazu müssen Bahnen und Busse flächendeckend im Takt  
358 verkehren, eine zuverlässige Qualität bieten und preislich attraktiv sein. Daran  
359 wollen wir weiter arbeiten.

360 Wir Grüne setzen uns für eine Mobilitätsgarantie für ganz Baden-Württemberg ein:  
361 Ab 2025 soll jede Kommune im Land zwischen 5 und 24 Uhr mindestens stündlich mit  
362 der Bahn, dem Bus, dem Ruftaxi oder dem Rufbus erreichbar sein. In den  
363 Verdichtungsräumen sollen alle Ortschaften mindestens halbstündlich angebunden  
364 sein. Den Schienenpersonennahverkehr in der Zuständigkeit des Landes werden wir  
365 bis 2025 gegenüber 2015 um 30 Prozent ausbauen. Der Mindeststandard des  
366 Stundentakts von 5 bis 24 Uhr wird dann im ganzen Land umgesetzt, auf vielen  
367 Strecken der Halb- oder Viertelstundentakt Realität sein. Bis zum Jahr 2030  
368 wollen wir dann mindestens den Halbstundentakt für über 95 Prozent der  
369 Bahnfahrgäste in Baden-Württemberg erreichen und die Kapazitäten weiter  
370 ausbauen.

371 Die großen Qualitätsdefizite im Schienenverkehr müssen der Bund als Eigentümer  
372 des Netzes und die Länder durch ein nachhaltiges Investitions- und  
373 Ausbauprogramm beheben. Bestandteil der Bahnoffensive muss ein ausreichender  
374 Kapazitätsausbau im Hauptnetz sein. Wir brauchen die rasche Realisierung des  
375 viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn, die Neubaustrecke Mannheim-Karlsruhe und  
376 Kapazitätsergänzungen im Knoten Stuttgart. Den integralen Taktfahrplan wollen  
377 wir für das Land für bessere und zuverlässigere Verbindungen fortentwickeln und  
378 das Netz flächenhaft ausbauen.

379 Die Elektromobilität auf der Schiene wollen wir vorantreiben und den Anteil der  
380 elektrisch betriebenen Nahverkehrsleistungen bis 2030 auf über 90 Prozent  
381 erhöhen. Dazu fördern wir die Elektrifizierung vieler Bahnstrecken wie der  
382 Südbahn, der Breisgau-S-Bahn, der Hochrheinstrecke, der Bodenseegürtelbahn oder

383 der Regionalstadtbahnen Neckar-Alb und Donau-Iller. In den kommenden Jahren  
384 werden wir Machbarkeitsstudien für die Reaktivierung von 20 stillgelegten  
385 Bahnstrecken erstellen und gemeinsam mit den betroffenen Gebietskörperschaften  
386 Umsetzungskonzepte mit Finanzierungs- und Trassenvorschlägen erörtern. In den  
387 Städten wollen wir den Ausbau der Stadtbahn- und Straßenbahnnetze weiter fördern  
388 und damit vorantreiben. Auch die Einrichtung von Schnellbussen und  
389 Oberleitungsbussen können einen Teil zum ÖPNV-Ausbau leisten.

390 Daneben brauchen wir auch attraktive Busverkehre in Stadt und Land. Mit einem  
391 landesweiten Netz staufreier Schnellbuslinien und einer stündlichen  
392 Mindestbedienung (Mobilitätsgarantie) in allen Orten sowie attraktiven und  
393 verständlichen Tarifen wollen wir dem Busverkehr einen entscheidenden Schub  
394 versetzen. Dieser Aufgabenbereich fällt in die Zuständigkeit der Landkreise und  
395 Kommunen. Das Land unterstützt sie dabei bereits durch das Förderprogramm  
396 Regiobusse, durch die Aufstockung der ÖPNV-Fördermittel auf 250 Millionen Euro  
397 pro Jahr und Pilotvorhaben für On-Demand-Verkehre in der Fläche. Um den  
398 garantierten Stundentakt in der Fläche auszubauen, werden wir die  
399 Förderprogramme schrittweise deutlich erhöhen.

400 Bahn- und Busfahren muss im ganzen Land günstiger und unkomplizierter werden.  
401 Tarife müssen einfach verständlich sein, damit sie den Umstieg auf Busse und  
402 Bahnen erleichtern, insbesondere bei Fahrten über Verbundgrenzen hinweg. Unser  
403 Ziel: eine Reise – ein Ticket. Mit dem BW-Tarif ist dies auch über  
404 Verbundgrenzen hinweg Realität geworden. Dabei haben wir die Preise für das  
405 Bahnfahren im Land um durchschnittlich 25 Prozent gesenkt – ein wichtiger  
406 Beitrag zur Attraktivität der Schiene. Bis Ende 2020 wollen wir den BW-Tarif  
407 durch attraktive Zeittickets für Pendler\*innen und eine attraktive  
408 Jahresnetzkarte komplettieren. Mit dem BW-Tarif als Klammer wollen wir ein  
409 einheitliches elektronisches Ticketing in Baden-Württemberg umsetzen. Wir wollen  
410 die Verbreitung des 365-Euro-Jahrestickets in den Kommunen unterstützen. Der  
411 kommunale ÖPNV muss nachhaltiger finanziert werden. Deshalb fordern wir den  
412 Landtag auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen  
413 auf eigenen Wunsch einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, den  
414 ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können.

415 Wenn wir verschiedene Verkehrsmittel kombinieren, wird klimaneutrale Mobilität  
416 attraktiver. Mit 1.000 Mobilitätshubs an 100 attraktiven Bahnhöfen und 900  
417 kleineren Umstiegsorten wollen wir den Schienen- und Busverkehr mit dem Fuß- und  
418 Radverkehr verknüpfen. Daneben müssen Car- und Ride-Sharing-Angebote ausgebaut  
419 werden. Die Nutzer\*innen müssen mit Echtzeit-Informationen versorgt werden,  
420 Auskunfts- und Buchungsmöglichkeiten müssen einfacher gestaltet werden. Ein  
421 Ticket bzw. eine App für alle Verkehrsmittel ist ein wichtiger Schritt dorthin.

422 *Jedes dritte Auto wird klimaneutral angetrieben*

423 Die Elektromobilität stellt, zusammen mit der Verminderung des motorisierten  
424 Individualverkehrs, einen zentralen Entwicklungspfad für die klimafreundliche  
425 Mobilität dar. Damit im Jahr 2030 mindestens jeder dritte der dann noch bis zu  
426 sechs Millionen Pkw klimaneutral unterwegs sein kann, müssen wir die  
427 Infrastrukturen dafür schaffen. Mit der „Landesinitiative Elektromobilität III“

428 schaffen wir unter anderem ein flächendeckendes Netz von Ladesäulen im Land, das  
429 Baden-Württemberg zur Leitregion für E-Mobilität macht. Elektroautos werden  
430 überwiegend privat geladen – am Arbeitsplatz, zu Hause, in der Unterkunft. Durch  
431 lange Ladezeiten wird auch das Stromnetz nicht über Gebühr belastet und sogar  
432 ein Lastenmanagement möglich. Wir wollen schrittweise keine Stellplätze für  
433 fossil betriebene Autos mehr vorschreiben und alle neuen Stellplätze mit  
434 Lademöglichkeiten ausgestattet sehen. Land und Kommunen sollen klimaneutralen  
435 Fahrzeugen Benutzervorteile vor fossil betriebenen Fahrzeugen gewähren, z. B.  
436 beim Parken.

437 Um den Transformationsprozess hin zu klimaneutralen Antrieben und  
438 Mobilitätsangeboten aktiv zu gestalten, hat die Landesregierung 2017 den  
439 Strategiedialog Automobilwirtschaft BW begonnen. Politik, Wirtschaft,  
440 Wissenschaft, Arbeitnehmerverbände, Verbraucherorganisationen, Umweltverbände  
441 und Zivilgesellschaft erarbeiten Projekte und Konzepte, um den  
442 Transformationsprozess erfolgreich zu gestalten. Mit den in Baden-Württemberg  
443 ansässigen international tätigen Automobilfirmen wollen wir weiter über die  
444 gemeinsame Verantwortung für den Klimaschutz reden und Wege besprechen, wie der  
445 kurzfristige Ausstieg aus der Produktion von klimaschädlichen Fahrzeugen  
446 gelingen kann.

447 Ziel ist es, anzustoßen, dass Marktteilnehmer\*innen ihre Angebote und Produkte so  
448 umstellen, dass sie klimaneutral produziert und betrieben werden können. Mit  
449 Blick auf die gewünschte Verminderung der Belastungen durch den motorisierten  
450 Individualverkehr sollen auch Konversionsstrategien hin zu neuen, dem  
451 Klimaschutz nützenden Geschäftsfeldern entwickelt werden.

452 Der Klimaschutz als globale Rahmenbedingung unseres Wirtschaftens ist dabei  
453 handlungsleitend, aber auch die Sicherstellung von Transport und Mobilität mit  
454 klimafreundlichen Verkehrsmitteln.

455 Baden-Württemberg ist ein Mobilitätsland: Rund 470.000 Beschäftigte sind direkt  
456 oder indirekt vom Automobil abhängig. Mit unserem hohen Exportanteil tragen wir  
457 als Wirtschaftsstandort zugleich eine globale Verantwortung für die  
458 verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wir sind überzeugt: Die Transformation der  
459 Automobilwirtschaft Baden-Württembergs zum Leitanbieter für nachhaltige  
460 Mobilität ist für den Klimaschutz ebenso notwendig wie für die langfristige  
461 Sicherung von Arbeitsplätzen.

462 Der Umstieg auf klimaschonende Antriebe ist zentral für den Klimaschutz.  
463 Weltweit wird gerade das Auto neu erfunden – die Ära des fossilen  
464 Verbrennungsmotors geht unweigerlich zu Ende. Die Zukunft der deutschen  
465 Automobilindustrie entscheidet sich daran, ob sie bei dieser Veränderung vorne  
466 mit dabei ist. Für unsere ambitionierten Klimaschutzziele braucht es politisch  
467 einen ehrgeizigen Rahmen, der ein planbares Ende des fossilen Verbrennungsmotors  
468 schafft, sowie die notwendige Förderung der Umstellung.

469 *Landesweit ein Drittel weniger Kfz-Verkehr, Halbierung in den Städten*

470 Mehr Klimaschutz heißt: mehr Lebensqualität in unseren Städten und Ortskernen.  
471 Wir wollen landesweit ein Drittel weniger Pkw- und Lieferverkehr und eine

472 Halbierung in unseren Städten erreichen. Ein guter ÖPNV, großzügige Rad- und  
473 Fußwege und City-Logistik-Konzepte machen das möglich, wenn sie dafür Platz und  
474 Entfaltungsmöglichkeiten bekommen. Bis 2030 wollen wir 1500 zusätzliche  
475 lebendige und verkehrsberuhigte Orts- und Quartiersmitten schaffen. Dies kann  
476 unterstützt werden durch möglichst flächendeckendes Tempo 30, mehr  
477 verkehrsberuhigte Bereiche, Fahrradstraßen, Parkraummanagement und Carsharing-  
478 Stellplätze im öffentlichen Raum. In diesem Sinne setzen wir uns für eine  
479 Novelle der Straßenverkehrsordnung ein. Dieses Mobilitäts- und  
480 Klimaschutzprogramm fährt viele Ernten ein: weniger Lärm und bessere Luft, mehr  
481 Aufenthaltsqualität und mehr Verkehrssicherheit, mehr Chancen für die  
482 Nahversorgung und einen attraktiven Einzelhandel, also schlicht lebenswerte  
483 Städte und Orte. Um das zu erreichen sind Push-Maßnahmen nötig, wie  
484 Parkraumbewirtschaftung und die Umwandlung von Kfz-Stellplätzen für  
485 Radinfrastruktur, breitere Gehwege und Außenbewirtschaftung. Aber auch der Umbau  
486 der Verkehrsinfrastruktur durch den Ausbau von Fahrradstraßen, Radwegen,  
487 Fußgängerzonen und lebenswerten Innenstadtbereichen ist notwendig, um die  
488 nachhaltige Mobilität zu fördern.

489 Kommunen spielen eine wichtige Rolle, um die Pariser Klimaschutzziele zu  
490 erreichen. Ein Mobilitätsgesetz, das die Bevorzugung des Umweltverbunds  
491 gegenüber dem motorisierten Individualverkehr festschreibt, würde die Kommunen  
492 in ihren Bemühungen für mehr Klimaschutz unterstützen

493 *Jeder zweite Weg wird selbstaktiv mit Rad oder zu Fuß zurückgelegt*

494 Mit dem Pedelec oder reiner Muskelkraft: Immer mehr Berufspendler\*innen fahren  
495 mit dem Rad zur Arbeit. Wir wollen und müssen dieses Potenzial für den  
496 Klimaschutz nutzen. Jeder zweite Weg soll 2030 selbstaktiv mit Rad oder zu Fuß  
497 zurückgelegt werden. Von großer Bedeutung sind hier die zwanzig neuen  
498 Radschnellverbindungen, die das Land bis 2030 in Kooperation mit den jeweiligen  
499 Kommunen baut und finanziert. Wir setzen uns dafür ein, dass bis 2030 mindestens  
500 alle 32 Strecken mit vordringlichem Bedarf realisiert werden können. Die  
501 Schnittstelle zwischen ÖPNV und Fahrrad muss einfacher werden: Deshalb wollen  
502 wir die Zahl der Bike-and-ride-Stellplätze im Land mit 100.000 zusätzlichen  
503 sicheren Stellplätzen verdoppeln. Auch im ländlichen Raum kann der  
504 Radverkehrsanteil gesteigert werden. Wir wollen, dass das RadNETZ konsequenter  
505 ausgebaut und Lücken im übrigen Radwegenetz geschlossen werden. Damit die  
506 gesamte Breite der Gesellschaft auf das Rad umsteigt, ist es notwendig, die  
507 gefühlte Sicherheit auf unseren Radwegen zu erhöhen. An jeder Straße muss  
508 Radfahren sowohl objektiv als auch gefühlt sicher möglich sein. Dazu wollen wir  
509 uns für breitere, baulich getrennte Radwege und Temporeduzierung an Radrouten  
510 einsetzen.

511 *Jede dritte Tonne im Güterverkehr wird klimaneutral transportiert*

512 Das elektrische Lastenfahrrad ist schon heute ein Symbol neuer Mobilität in der  
513 Logistik. Es kann künftig jeden dritten Weg im städtischen Güterverkehr  
514 übernehmen. Jede dritte Tonne soll bis 2030 klimaverträglich transportiert  
515 werden, mit Bahn, E-Lkw, Binnenschiff oder regenerativem Kraftstoff. Bis 2030  
516 sollen deshalb 50.000 klimaneutrale Lkw auf den Straßen unterwegs sein. Dies

517 setzt industriepolitisch ein Signal an die Lkw-Hersteller, dass klimaneutrale  
518 Lkw und damit auch klimaneutrale Busse endlich in die Serienfertigung gehören.  
519 Klimaneutrale Logistikgebiete und Innenstädte werden eine wichtige Rolle  
520 spielen, um die Klimaziele zu erreichen. Der Umbau des Güterfernverkehrs soll  
521 nicht aus Steuergeldern, sondern durch die Verursacher finanziert werden. Daher  
522 wollen wir uns dafür einsetzen, die Lkw-Maut für fossile Lkw auch auf Landes-  
523 und Kommunalstraßen auszuweiten und die Einnahmen für Land und Kommunen zu  
524 erschließen.

#### 525 *Flugverkehr eindämmen*

526 Der klimaschädliche Flugverkehr darf nicht unbegrenzt wachsen. Den Ausbau  
527 bestehender Flughäfen durch zusätzliche Start- und Landebahnen lehnen wir daher  
528 ab. Aus dem Landesetat darf es keine wiederkehrenden Finanzhilfen für  
529 Regionalflughäfen geben. Kerosin wollen wir besteuern wie Kraftstoffe fürs Auto.  
530 Den Einsatz von regenerativ erzeugtem Kerosin bzw. reFuels wollen wir  
531 vorantreiben. Dabei werden wir darauf achten, dass für die Herstellung von  
532 reFuels keine fossilen Quellen verwendet werden. Mit dem Ausbau schneller  
533 Schienenverbindungen können sowohl Autofahrten wie auch Kurzstreckenflüge  
534 vermieden werden. Wir setzen uns dafür ein, die klimaschädlichen Auswirkungen  
535 der Flugverkehre mit Start oder Ziel in Baden-Württemberg zu reduzieren. Dies  
536 kann unter anderem durch den Umstieg auf klimaneutrale Treibstoffe und Antriebe  
537 sowie die Verminderung der Flugkilometer oder weniger Starts und Landungen auf  
538 baden-württembergischen Flughäfen geschehen.

#### 539 *Forderungen an den Bund*

540 Die vielen guten Ansätze bei uns müssen vom Bund flankiert werden. Zentral dabei  
541 ist, die einseitige Subventionierung des Auto- und Flugverkehrs zu Lasten der  
542 Bahn sofort zu beenden. Zudem muss aus dem Bundesverkehrswegeplan endlich ein  
543 nachhaltiger Mobilitätsplan für Deutschland werden. Wir fordern den Bund auf,  
544 die Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans unter der Annahme eines ambitionierten  
545 Verkehrswendeszenarios unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten neu zu bewerten.  
546 Zusätzlich müssen zu Straßenausbaumaßnahmen Lösungsalternativen auf der  
547 Grundlage des Umweltverbundes (ÖV, Fuß- und Radverkehr) vorgenommen werden. Und  
548 wir wollen ein Tempolimit von höchstens 130 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf  
549 zweispurigen Landstraßen, denn das ist nicht nur gut fürs Klima, sondern auch  
550 für die Verkehrssicherheit und den Lärmschutz.

551 Die Schaffung eines nachhaltigen Verkehrssystems erfordert Investitionen in  
552 Eisenbahnstrecken, die die europäischen Staaten und Regionen durch leicht  
553 zugängliche, erschwingliche Zugverbindungen verbindet – einschließlich Schnell-  
554 und Nachtzügen. Teile des Güterverkehrs können auf Schienen oder bestehende  
555 Wasserwege verlagert werden. Der Bund muss als Eigentümer der Deutschen Bahn  
556 endlich einen klaren Leistungsauftrag und die notwendigen Ressourcen  
557 bereitstellen, um das Ziel der Verdopplung der Reisendenzahlen bis 2030 zu  
558 erreichen. Trassenpreise müssen gesenkt werden, damit die Schiene wieder  
559 wettbewerbsfähiger wird. Die Mehrwertsteuer auf Bahntickets muss auch im  
560 Fernverkehr zum reduzierten Satz erhoben werden. Wir erwarten vom Bund ein  
561 größeres Engagement bei der Förderung grenzüberschreitender

562 Verkehrsverbindungen. Wirtschaft und Tourismus in Baden-Württemberg profitieren  
563 von der Nähe zu Frankreich und der Schweiz. Doch oft fehlt es an attraktiven  
564 Alternativen zum Auto, etwa für Pendler\*innen. Eine besondere politische  
565 Bedeutung kommt hier dem im Aachener Vertrag versprochenen Wiederaufbau der  
566 Bahnstrecke zwischen Freiburg und Colmar zu. Die Bundesregierung muss sich für  
567 die zügige Realisierung dieser und weiterer transnationaler Verbindungen  
568 einsetzen und die dafür nötigen finanziellen Mittel bereitstellen.

569 Die Verkehrswende ist ohne enorme Investitionen in Planung, Personal,  
570 Infrastrukturen und Fahrzeuge nicht denkbar. Dazu reichen die bisherigen Mittel  
571 bei weitem nicht aus. Der Bund kann laut Umweltbundesamt jährlich 28,6 Mrd. Euro  
572 einsparen, indem umweltschädliche Subventionen im Verkehrssektor gestrichen  
573 werden. Diese Mittel sollten an die Kommunen für die Verkehrswende fließen. Ohne  
574 Geld bleibt die Verkehrswende im Stau stecken. Unsere Steuersystematik braucht  
575 einen Klimakompass: Wir wollen die Steuerbefreiung für Flugbenzin (Kerosin)  
576 schrittweise streichen wie auch die steuerliche Begünstigung des Diesels und das  
577 Dienstwagenprivileg. Es kann nicht sein, dass der Staat einerseits  
578 Elektromobilität fördert und gleichzeitig ein Mehrfaches an Subventionen für  
579 große Dienstwagen und Dieselfahrzeuge ausbringt. Eine Mehrwertsteuer auf  
580 Flugtickets und die Abschaffung der Kerosinsteuerbefreiung schaffen faire  
581 Wettbewerbsbedingungen für nachhaltigere Verkehrsträger.

582 Anwohnerparken darf nicht nur eine Verwaltungsgebühr von 30 EUR pro Jahr kosten.  
583 Dies kommt dem Preis nicht nahe, den der öffentliche Raum in unseren Städten  
584 wert ist. Eine Verteuerung muss möglich sein. Ebenso möchten wir den Kommunen  
585 frei Hand lassen bei der Ausweisung von Tempo 30 auf Vorrangstraßen. Der Bund  
586 sollte die restriktiven Vorgaben abschaffen und den Kommunen vor Ort überlassen  
587 zu entscheiden, wo Tempo 30 sinnvoll ist. Um den Fußverkehr zu fördern, brauchen  
588 wir mehr verkehrsberuhigte Bereiche. Die relativ hohen formalen Hürden zu deren  
589 Einrichtung müssen daher abgesenkt werden. Die Verkehrswende hin zu neuer,  
590 nachhaltiger Mobilität kann nur gelingen, wenn sie mit einer Energie- und  
591 Mobilitätswende einhergeht.

### 592 **1.3 Klimaschutz in Wohnungspolitik und Städtebau**

593 Das Stiefkind der Energiewende ist leider immer noch der Gebäudebereich – dabei  
594 liegt hier einer der wichtigsten Hebel für mehr Klimaschutz und CO<sub>2</sub>-Einsparung  
595 in großem Umfang. Die grün-geführte Landesregierung zeigt, wie es geht, indem  
596 sie die Förderprogramme neu gestrickt hat, um so einen Großteil der KfW-Mittel  
597 nach Baden-Württemberg zu bringen. Die neuen Programme wiederum wurden vom Bund  
598 kopiert. Mit der Novelle des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes wurde der Klimaschutz  
599 weiter gestärkt. Wir wollen die Anstrengungen hier intensivieren und weiter  
600 beschleunigen. Zur Beschleunigung der Wärmewende setzen wir uns für ein  
601 klimagerechtes Gebäudeenergiegesetz ein. Zusätzlich zur Begrenzung des  
602 Energieverbrauchs und den Einsatz von Erneuerbaren Energien wollen wir einen  
603 CO<sub>2</sub>-Faktor ins Energiesparrecht bei Gebäuden aufnehmen.

604 Die Bundesregierung muss endlich die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zur  
605 energetischen Gebäudesanierung gemeinsam mit den Ländern umsetzen.

606 Wir fordern darüber hinaus das Verbot neuer Ölheizungen sowie eine  
607 Betriebsbeschränkung bestehender Ölheizungen abhängig von deren Alter und mit  
608 entsprechenden Ausnahmen für Härtefälle. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz wollen wir  
609 konsequent weiterentwickeln, die Dekarbonisierung von Wärmenetzen vorantreiben,  
610 die Erstellung von Wärme- und Kälteplänen verpflichtend machen und prüfen, bis  
611 wann und wie die Förderung fossil befeuerter Heizungsanlagen zurückgeführt  
612 werden kann.

613 Lebendige und lebenswerte Städte und Dörfer sind klimafreundlich. Mit kurzen  
614 Wegen zwischen Wohnen, Arbeiten und Einkaufen, die Menschen gerne zu Fuß und mit  
615 dem Fahrrad zurücklegen. Wir nehmen im Gegensatz zu anderen politischen Kräften  
616 den Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung auf allen politischen Ebenen  
617 ernst und setzen auf verdichtetes Wohnen im Innenbereich. Die autogerechte Stadt  
618 der 1960er Jahre und das Donut-Dorf mit totem Ortskern und einem Ring von  
619 Neubausiedlungen sind nicht mehr zeitgemäß und stehen dem Klimaschutz entgegen.  
620 Wir kämpfen für mehr Platz für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen in den  
621 Städten und Orten, für attraktive öffentliche Räume und gegen die Zersiedelung  
622 des ländlichen Raums.

#### 623 **1.4 Industriestandort Baden-Württemberg - Erdöl war gestern**

624 Wir wollen weltweit ein Zeichen setzen: Wettbewerbsfähig und erfolgreich  
625 produzieren geht auch ohne Erdöl. Dafür müssen wir die Transformation so  
626 gestalten, dass besonders energieintensive Branchen verlässliche Zielvorgaben  
627 erhalten, um notwendige Investitionen zu tätigen. Energiebedingte Emissionen von  
628 6,5 Millionen Tonnen sollen bis 2030 um 62 Prozent reduziert und danach  
629 schnellstmöglich vollständig eliminiert werden. Bei der Herstellung von Papier  
630 und Pappe ist der Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg derzeit am höchsten,  
631 gefolgt vom Fahrzeugbau, der Verarbeitung von Steinen und Erden (größtenteils  
632 Zement und Kalk) sowie dem Maschinenbau. Die prozessbedingten Emissionen  
633 betragen etwa 2,9 Millionen Tonnen, wovon rund 2,2 Millionen Tonnen auf die  
634 Klinkerproduktion entfallen. Das macht die enorme Bedeutung der Transformation  
635 der Zementherstellung deutlich.

636 Beim erfolgreichen Wandel des Industriestandorts setzen wir auf ambitionierte,  
637 aber langfristige und verlässliche politische Vorgaben, beste Forschung und  
638 exzellente Aus- und Weiterbildung. Alle drei Faktoren zusammen setzen das  
639 Innovationspotential frei, das wir für den Transformationsprozess so dringend  
640 brauchen. Grüne Industriepolitik will langfristig Innovationspotentiale fördern,  
641 nachhaltig und gute Arbeitsplätze sichern und Wertschöpfung entlang der gesamten  
642 Wertschöpfungskette schaffen und erhalten. Den Wandel hin zu einer erdölfreien  
643 Wirtschaft sehen wir als wichtigsten Treiber, damit die baden-württembergische  
644 Wirtschaft auch in Zukunft weltweit erfolgreich ist. Umfassende Förderprogramme  
645 für eine klimafreundliche Wirtschaftsweise, wie sie im Energie- und Klimafonds  
646 bereits eingestellt sind, müssen konsequent, z. B. für die Dekarbonisierung der  
647 Industrie oder auch für die Flottenumstellung auf E-Mobilität, umgesetzt werden.

648 Mit dem Zentrum für Ultraeffizienzfabriken wollen wir die Plattform für  
649 Forschungs- und Demonstrationszwecke stärken, um zu verdeutlichen, wie die

650 energie- und ressourceneffiziente Produktion der Zukunft aussehen kann. Mit den  
651 Landesagenturen, dem breiten Beratungsnetzwerk für den Mittelstand und den  
652 Forschungseinrichtungen unterstützen wir den Trend in den Unternehmen, Energie-  
653 und Materialeffizienz konsequent zu leben. Den Ausstieg aus CO<sub>2</sub>-intensiven  
654 fossilen Energieträgern kompensieren wir durch Erneuerbare wie Photovoltaik und  
655 Wind, Biomasse oder Fernwärme, übergangsweise mit Erdgas. Industrielle Abwärme  
656 wollen wir innerhalb sowie außerhalb der Betriebe, z. B. zur Versorgung von  
657 Fernwärmenetzen, nutzen.

658 Projekt: Zusammen mit den Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Hochschulen und  
659 privaten Weiterbildungsträgern wollen wir eine Bildungsroadmap Umwelttechnik auf  
660 den Weg bringen. Dafür wollen wir die Aus- und Fortbildungsangebote im Bereich  
661 Umwelttechnik sichten, das Angebot wo nötig ausbauen und die relevanten Akteure  
662 besser vernetzen.

### 663 **1.5 Finanzmärkte für ökologisch-soziale Modernisierung** 664 **nutzen**

665 Die Finanzmärkte müssen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die schnelle  
666 Transformation hin zu einer erdölfreien, nachhaltigen Wirtschaft zu finanzieren.  
667 Investitionen der öffentlichen Hand sind wichtig, reichen aber für die immense  
668 Aufgabe nicht aus. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sowohl das Europäische  
669 Parlament als auch eine hochrangige Expertengruppe der Kommission wichtige  
670 Vorschläge für eine grüne Finanzmarktgestaltung vorgelegt haben. Die  
671 Kapitalmärkte müssen auf langfristige, innovative, effiziente und nachhaltige  
672 Geldanlagen ausgerichtet sein. Preise für Anlagen müssen Nutzen und die Risiken  
673 für Umwelt, Gesellschaft und Unternehmensführung widerspiegeln. Die  
674 Finanzstabilität ist auch durch klimaschädliche Investitionen gefährdet. Wir  
675 stellen mit großer Sorge fest, dass in Baden-Württemberg, in Europa, vor allem  
676 aber im globalen Süden, viele Klimarisiken nicht versichert sind. Dies birgt  
677 erhebliche Risiken für globale Chancengerechtigkeit, die Klimakrise darf nicht  
678 zu einer Humanitäts- und Finanzkrise werden. Verbraucher\*innen soll es leicht  
679 gemacht werden, durch ihre Anlageentscheidungen die soziale und ökologische  
680 Transformation unserer Wirtschaft zu fördern.

681 Obwohl die Regulierungsentscheidungen in Brüssel und Berlin getroffen werden,  
682 hat das Land Baden-Württemberg als Akteur an den Finanzmärkten eine  
683 Vorbildfunktion. Wir begrüßen darum die Entscheidung der grün-geführten  
684 Landesregierung, das Pensionsvermögen des Landes nachhaltig anzulegen. Wir sehen  
685 mit Sorge, dass Klimaschäden den Haushalt immer mehr belasten. Allein die  
686 Kompensation von Frostschäden oder die notwendige Hilfe für Kommunen bei  
687 Starkregenschäden belastet den Haushalt mit dreistelligen Millionenbeträgen.

688 Projekt: Wir wollen den Landeshaushalt klimafest machen. Dazu identifizieren wir  
689 alle Stellen, an denen momentan Klimaschäden oder -risiken sozialisiert werden.  
690 Diese Risiken wollen wir so managen, dass der Schaden für die Steuerzahler\*innen  
691 möglichst gering ist.

692 Projekt: Wir wollen die Chancen unserer Investitionen mit Blick auf den  
693 Klimaschutz stärker in den Blick nehmen. Die Geldanlagen des Landes sollen auch  
694 in Infrastrukturprojekte der Energiewende und des Klimaschutzes gehen.

695 **1.6 Die Landwirtschaft der Zukunft - gut für Landwirt\*innen,**  
696 **Umwelt und Tiere**

697 Auch die Landwirtschaft spielt eine erhebliche Rolle beim Klimaschutz und dem  
698 Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die intensive konventionelle  
699 Agrarwirtschaft beeinflusst mit schweren Maschinen, intensivem Einsatz von  
700 Pestiziden und Düngemitteln Boden, Wasser, Luft und die biologische Vielfalt auf  
701 unseren Feldern, Wiesen und in unseren Wäldern. Übermäßige Stickstoffdüngung  
702 verursacht klimaschädliche Treibhausgase, führt zu Nitratbelastungen des  
703 Grundwassers und trägt zur Nährstoffübersorgung von Flüssen, Seen und Meeren  
704 bei. Das Klimagas Methan ist deutlich schädlicher als CO<sub>2</sub> und sein Gehalt in der  
705 Atmosphäre steigt aufgrund der Massentierhaltung stark an.

706 Gleichzeitig ist die Landwirtschaft auch zunehmend von den Folgen der Klimakrise  
707 betroffen, wie der Dürresommer im letzten Jahr gezeigt hat. Wir wollen die  
708 Landwirtinnen und Landwirte in Baden-Württemberg dabei unterstützen, ihre  
709 Bewirtschaftung diesen Herausforderungen anzupassen und widerstandsfähige  
710 Anbausysteme und -kulturen zu entwickeln. Wichtige Bausteine dafür sind breite  
711 Fruchtfolgen, Mischkulturen, die Erhöhung des Humusgehaltes, die Förderung des  
712 Bodenlebens und Maßnahmen zur Minimierung der Erosion, Agroforstsysteme sowie  
713 Risikostreuung durch mehr Vielfalt bei Anbaufrüchten und Betriebszweigen.  
714 Hierauf wollen wir die entsprechenden Forschungs- und Beratungsaktivitäten  
715 konzentrieren und die Züchtung gentechnikfreier angepasster Sorten unterstützen.

716 Viele Landwirt\*innen haben darum heute bereits das Ziel, die Bewirtschaftung  
717 ihrer Flächen nachhaltiger zu gestalten. Wir wollen alle, die sich auf den Weg  
718 gemacht haben oder neu machen, verstärkt unterstützen. Nur wer Natur und Klima  
719 bestmöglich schützt, Lebensmittel nachhaltig produziert, Tierwohl achtet und  
720 sich für den Erhalt der Kulturlandschaften einsetzt, soll finanziell dafür  
721 belohnt werden. Mit Freude und Ermutigung sehen wir, wie erfolgreich viele  
722 unserer Initiativen im Land waren, die bislang eher bescheidenen Möglichkeiten  
723 der bestehenden EU-, Bundes- und Landesförderung gezielt zur Förderung des  
724 Ökolandbaus, der Landschafts- und Grünlandpflege besonders in Berggebieten, der  
725 kleinen und mittleren Mischbetriebe und der klimaschonenden Landwirtschaft  
726 einzusetzen. Aufbauend auf diesen Erfahrungen werden wir uns auch auf Bundes-  
727 und EU-Ebene radikal dafür einsetzen, dass es in der anstehenden neuen  
728 Förderperiode eine klare Ausrichtung auf eine ökologische, klimafreundliche und  
729 biodiversitätsfördernde Landbewirtschaftung gibt. Wichtige Ansätze dazu sind  
730 Maßnahmen zur wirksamen Vermeidung von Überdüngung, die Bindung der  
731 Nutztierzahlen an die Betriebsfläche, hohe Standards für eine artgerechte  
732 Tierhaltung und die extensive Nutzung von Grünland sowie wiedervernässten  
733 Moorböden. Den Anteil des ökologischen Landbaus als besonders umweltfreundliche  
734 und bodenschonende Produktionsform wollen wir durch ein umfassendes  
735 Förderkonzept auf 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Baden-  
736 Württemberg bis 2030 weiter steigern. Wir wollen die Ausweitung des ökologischen

737 Anbaus auch dadurch unterstützen, dass Einrichtungen des Landes als Teil ihrer  
738 nachhaltigen Beschaffungsstrategie ihre öffentliche Verpflegung bis 2030 auf 100  
739 Prozent Bio-Lebensmittel aus vorwiegend regionaler Erzeugung umstellen und auch  
740 Kreise und Gemeinden bei der Umstellung fördern. Zur Steigerung des ökologischen  
741 Landbaus gehört auch eine weitere personelle Stärkung der biologischen  
742 Landwirtschaft als Fachgebiet in Forschung und Lehre baden-württembergischer  
743 Hochschulen. Die Leistungen der Landwirt\*innen für die Gesellschaft sind  
744 bürokratiearm und effektiv zu vergüten, dafür wollen wir auch die Möglichkeiten  
745 der Digitalisierung zur Dokumentation und Kontrollvereinfachung nutzen.

746 Als Grüne im Land wollen wir die bäuerliche Landwirtschaft darin bestärken, ihre  
747 Stickstoffüberschüsse nach der Gesamtbilanz auf 50 kg N/ha abzusenken. 90  
748 Prozent der anfallenden Gülle sollen gasdicht gelagert und verstärkt in  
749 Biogasanlagen eingesetzt werden, dafür wollen wir Investitionshilfen gewähren.  
750 Dazu wollen wir die Güllevergärung auf 30 Prozent des anfallenden  
751 Wirtschaftsdüngers bis zum Jahr 2030 steigern.

752 Im Bereich Forstwirtschaft verfügt das Land über unmittelbare  
753 Handlungsmöglichkeiten bei der naturnahen und nachhaltigen Bewirtschaftung der  
754 eigenen Waldflächen. Wir halten am Ziel fest, 10 Prozent der Staatswaldfläche  
755 aus der Nutzung zu nehmen und dort Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen zu  
756 schaffen. Das Land hat hier Vorbildfunktion. Die Klimakrise erfordert  
757 flächendeckend einen raschen Waldumbau hin zu naturnahen und klimaresilienten  
758 bzw. klimastabilen Mischwäldern. Dafür wollen wir auch nach Abschluss der  
759 laufenden Neuaufstellung der Forstorganisation eine ausreichende  
760 Personalausstattung sicherstellen. Auch im Privatwald schlummern noch erhebliche  
761 Potentiale, Emissionen zu senken und Wälder zukunftsfähiger zu machen. Diese  
762 wollen wir gemeinsam mit den Privatwaldbesitzer\*innen angehen. Wir begrüßen die  
763 Moorstrategie der grün-geführten Landesregierung, denn Moore sind auch  
764 hervorragende CO<sub>2</sub>-Speicher.

765 Wir werden Verbraucher\*innen weiter dafür sensibilisieren, dass ihr  
766 Einkaufsverhalten erheblichen Einfluss darauf hat, wie unsere Lebensmittel  
767 produziert werden. Mit Förderung und Verankerung von Ernährungsbildung in Kitas,  
768 Kindergärten und Schulen wollen wir insbesondere Kinder und Jugendliche darüber  
769 informieren, welche Vorteile eine ausgewogene, gesunde und ökologisch  
770 verträgliche Ernährung hat. Mit Anreizen wie Fortbildungsprogrammen für das  
771 Personal von Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen für schmackhafte kreative  
772 Gerichte in Schulen, Hochschulen und Kliniken wollen wir die Attraktivität  
773 fleischärmerer und vegetarischer Ernährung steigern.

774 Durch die Erderwärmung gibt es Auswirkungen auf unsere Tier- und Pflanzenwelt.  
775 Aus verschiedenen Gründen leben und überleben in Baden-Württemberg immer mehr  
776 nicht heimische Tiere und Pflanzen, die eingeschleppt, entwichen oder ausgesetzt  
777 eine potenzielle Gefahr für unsere Ökosysteme darstellen können. Diese Gefahr  
778 wollen wir vermindern, z.B. dadurch, dass die vom Gesetz vorgeschriebene  
779 Sachkunde zur Haltung auch nachgewiesen werden muss und die Meldepflicht von  
780 Tieren nicht nur vom internationalen Schutzstatus der Art abhängt, sondern z.B.  
781 auch von einer potentiellen Gefährlichkeit oder dem Pflegeaufwand.

782 **2. Ressourcenverbrauch minimieren, Kreislaufwirtschaft**  
783 **umsetzen:**  
784 **klimaneutrales Ressourcenmanagement als Innovationstreiber**  
785 **und Wettbewerbsvorteil**

786 Wir wollen das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Bei den  
787 Treibhausgasen geht die Entwicklung EU-weit in die richtige Richtung. Von 1990  
788 bis 2017 sind die Emissionen um 22 Prozent gesunken, während die Wirtschaft um  
789 58 Prozent gewachsen ist. Der Wandel hin zur grünen Wirtschaft innerhalb der  
790 planetaren Grenzen muss beschleunigt werden. Uns ist wichtig, den Anteil des  
791 produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg zu halten. Der Umbau der  
792 mittelständischen Wirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft birgt enorme  
793 Wettbewerbsvorteile weltweit. Materialkosten machen bei einem durchschnittlichen  
794 produzierenden Betrieb 42 Prozent und damit den Löwenanteil der Gesamtkosten  
795 aus. Personal- und Energiekosten liegen in der Regel deutlich darunter. Zwar ist  
796 der Anreiz bereits heute oft hoch, durch Innovationen Materialkosten zu senken  
797 und ressourceneffizient zu produzieren. Dennoch gibt es enormes  
798 Optimierungspotential. Auch die Versorgungssicherheit gerade mit kritischen  
799 Rohstoffen ist für die Unternehmen in Baden-Württemberg von größter Bedeutung.  
800 Erst jüngst drohte China im Handelskrieg mit den USA, die Ausfuhr seltener Erden  
801 zu begrenzen. Dies könnte Baden-Württemberg, Deutschland und der EU eines Tages  
802 ebenso passieren. Die Auseinandersetzung um North Stream 2 zeigt, welche enorme  
803 geopolitische Bedeutung die Abhängigkeit insbesondere von Erdgas hat. Gerade für  
804 die Zukunftstechnologien wie Erneuerbare oder Elektromobilität werden zunehmend  
805 Ressourcen benötigt, die zum Teil nur in wenigen Regionen vorkommen oder in  
806 politisch instabilen Ländern abgebaut werden.

807 Unser Ziel ist, die in Baden-Württemberg benötigten Rohstoffe zunächst verstärkt  
808 und langfristig komplett aus Recyclingrohstoffen zu gewinnen. Damit stoppen wir  
809 die Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlage und sichern langfristig die  
810 Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Baden-Württemberg. Die Gewinnung von  
811 Recyclingrohstoffen ist mit erheblich weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden und  
812 bedeutet einen gravierend geringeren Verschleiß der natürlichen  
813 Lebensgrundlagen. Das maschinenbauliche, chemische und materialtechnische Wissen  
814 ist in den baden-württembergischen Hochschulen und Unternehmen vorhanden. Wir  
815 wollen dieses Wissen fördern, um Unternehmen dabei zu unterstützen, den  
816 weltweiten Markt für Umwelttechnologien von zwei Billionen Euro zu erschließen  
817 und Baden-Württemberg zum Vorreiter bei Effizienztechnologien zu machen.

818 **2.1 Rohstoffabbau: Rückgewinnung in den Fokus**

819 Pro Kopf werden in Deutschland rund 20 Tonnen Rohstoffe pro Jahr verbraucht.  
820 Unser Bedarf an Rohstoffen könnte gedeckt werden, wenn wir die Rückgewinnung und  
821 Wiederverwendung der im Abfall enthaltenen Ressourcen umfassend umsetzen würden.  
822 In Elektronikschrott zum Beispiel ist dreißig bis sechzig Mal mehr Gold als im  
823 Primärrohstoff Golderz. Und nicht umsonst wird die Gewinnung von Rohstoffen zum  
824 Beispiel aus Elektroschrott als Urban Mining bezeichnet. Eine Abschätzung der in  
825 Baden-Württemberg vorhandenen theoretischen Potenziale durch Rückgewinnung

826 einiger Rohstoffe macht deutlich, dass etwa für Antimon, Kobalt und Molybdän die  
827 in den Abfallströmen enthaltenen Wertstoffe die Rohwarenimporte teils um ein  
828 Mehrfaches übersteigen. Wo die Einfuhr von Primärrohstoffen nicht zu vermeiden  
829 ist, rücken zertifizierte Lieferketten zur Einhaltung von sozialen und  
830 ökologischen Standards in den Mittelpunkt. Wir wollen die Infrastrukturen  
831 regionaler Wirtschaftskreisläufe stärken und unnötige Transportkosten sparen,  
832 indem wir heimischen Rohstoffen Vorrang einräumen und die Gewinnung von  
833 Rohstoffen aus Abfällen zum Rohstoffabbau der Zukunft machen. Wiederverwertung  
834 und Effizienzsteigerungen sollen den Bedarf an Primärrohstoffen in Baden-  
835 Württemberg deutlich reduzieren und wenn möglich gegen null sinken lassen.

836 Projekt: Wir wollen die Rohstoffstrategie und die Ressourceneffizienzstrategie  
837 des Landes verbessern und vorantreiben. Die effizientere Nutzung von Rohstoffen  
838 und deren Wiederverwertung soll die Einfuhr von Primärrohstoffen langfristig  
839 überflüssig machen und so die Kreislaufwirtschaft in Baden-Württemberg  
840 schließen.

## 841 **2.2 Güterproduktion: Ultraeffizienz in Planung und** 842 **Produktion**

### 843 *Ressourcenverbrauch reduzieren*

844 Die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen aus Baden-Württemberg soll so  
845 wenig Rohstoffe und Materialinput benötigen wie möglich. Es gilt der Grundsatz:  
846 je weniger, desto besser. Auf Bundesebene wurde das Ziel definiert, bis 2020  
847 eine Verdopplung der Rohstoffproduktivität des Jahres 1994 zu erreichen. Baden-  
848 Württemberg unterstützt diese Bestrebungen.

849 Baden-Württemberg ist dank vieler innovativer Unternehmen und der grün-geführten  
850 Landesregierung Spitzenreiter bei der ressourceneffizienten Produktion. Allein  
851 die vom Umweltministerium und der L-Bank aufgelegten Programme für  
852 Ressourceneffizienz im Mittelstand haben ein Investitionsvolumen von rund fünf  
853 Milliarden Euro ausgelöst. Doch nach wie vor sind enorme Investitionen in  
854 Menschen, Maschinen und Material notwendig. Umweltfreundliche Investitionen  
855 müssen sich noch stärker betriebswirtschaftlich lohnen, als dies heute der Fall  
856 ist. Wir wollen dafür den Marktmechanismus nutzen, um schnell und dezentral  
857 wichtige Ressourceneffizienztechnologien in die Breite zu tragen und vielen  
858 Unternehmen zugänglich zu machen. Angepasste Regeln bei steuerlichen  
859 Abschreibungen können dazu beitragen, dass sich Investitionen für Klimaschutz-  
860 und Ressourceneffizienz schnell lohnen. Bundespolitisch ist auch eine bessere  
861 Ordnungspolitik von Nöten, die hohe Produktstandards setzt.

### 862 *Rohstoffe ersetzen mit Leichtbau und Bioökonomie*

863 Die schrittweise Substitution von Massivbauweisen aus Beton und Stahl hin zu  
864 mehr Leichtbau ist eine zentrale Stellschraube der nachhaltigen Wirtschaft. Hier  
865 lassen sich erhebliche Ressourceneffizienzpotenziale realisieren. 70 bis 80  
866 Prozent des Materialverbrauchs eines Produktes werden bereits im frühen  
867 Entwicklungsstadium festgelegt, diese Potenziale sind bisher weitgehend  
868 ungehoben. Mit der Landesagentur für Leichtbau hat die grün-geführte

869 Landesregierung einen Think Tank für Leichtbau geschaffen. Den Trend im  
870 Leichtbau zum recycelbaren Multi-Material-Leichtbau wollen wir verstärken.

871 Auch die Stärkung der Bioökonomie ist für den Wandel hin zu einer erdölfreien  
872 und klimaneutralen Wirtschaft von erheblicher Bedeutung. Mit der Bioökonomie  
873 verbinden wir vor allem den Ersatz erdölbasierter Materialien und Prozesse durch  
874 nachwachsende Rohstoffe und Verfahren. Mit der Landesstrategie „Nachhaltige  
875 Bioökonomie“ treibt die grün-geführte Landesregierung die Bioökonomie als  
876 Innovationsmotor nachhaltigen Wirtschaftens voran. Die Bioökonomie ist besonders  
877 für den Ländlichen Raum eine große Chance, weil Rohstoffe vermehrt auf  
878 heimischen Äckern wachsen können und Neben- und Reststoffe aus der  
879 Lebensmittelproduktion und der Land- und Forstwirtschaft sinnvoll genutzt  
880 werden. Dabei haben wir die Grenzen der jeweiligen Anbausysteme, ob Wald oder  
881 Acker, fest im Blick. Deshalb gehören für uns zur Bioökonomiestrategie auch  
882 intelligente Konzepte zur Ressourceneinsparung, zur Kaskaden- und  
883 Kreislaufnutzung nachwachsender Rohstoffe. Auch für die Industrie und in urbanen  
884 Räumen spielt die Bioökonomie künftig eine zunehmend wichtige Rolle. Abfälle und  
885 Abwasser beispielsweise enthalten nutzbare Rohstoffe, die wir zurückgewinnen  
886 können. Mit neuen Technologien zur biologischen Gewinnung von anorganischen  
887 Rohstoffen wie Metallen, Phosphor und Chemikalien sowie zum biotechnischen CO<sub>2</sub>-  
888 Recycling wollen wir Rohstoffe für Energie- und Stoffkreisläufe erzeugen.

889 *Projekt: Die Verwendung von Plastik ist in den vergangenen Jahrzehnten drastisch*  
890 *angestiegen, selbst Gurken werden heutzutage zusätzlich verpackt. Im Rahmen der*  
891 *Stärkung der Bioökonomie wollen wir Pilotvorhaben zur Substitution von Plastik*  
892 *sichtbar machen und Alternativen zum Markthochlauf verhelfen. Dabei sollen*  
893 *Industrieverpackungen eine besondere Rolle spielen. Wir wollen gemeinsam mit der*  
894 *Zivilgesellschaft und bestehenden Unternehmer- und Gewerkschaftsinitiativen eine*  
895 *Initiative zur Vermeidung und massiven Reduzierung von Verpackungsmüll*  
896 *initiieren.*

897 *Projekt: Wir wollen, dass Bauabfälle reduziert werden. So wollen wir Holz oder*  
898 *Zementarten mit niedrigem Klinkeranteil fördern und beschleunigen, dass Stahl*  
899 *und Zement klimafreundlicher hergestellt werden.*

### 900 **2.3 Nachhaltigen Konsum fördern**

901 Als Verbraucher\*innen haben wir alle mit unserem Konsumverhalten höchsten  
902 Einfluss auf Klimaschutz und den Verbrauch der natürlichen Lebensgrundlagen. Der  
903 Staat ist für die Regeln verantwortlich, die nachhaltiges Wirtschaften leicht  
904 machen – das entlastet die Einzelnen im Alltag. Gleichzeitig setzen wir auf die  
905 mündige Verbraucher\*in, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist. Wie lange wir  
906 ein Produkt nutzen oder ob wir höherwertige Produkte minderwertigen vorziehen,  
907 hat unmittelbare Rückkopplungen auf Produktion und (Sekundär-)Rohstoffgewinnung.  
908 Weniger wegwerfen, mehr reparieren und länger nutzen ist nicht nur ökologisch,  
909 sondern auch sozial. Wir wollen deshalb die Mehrwertsteuer auf Reparaturen  
910 absenken, damit der eigene Geldbeutel ebenso geschont wird wie die Umwelt.

911 Dabei hilft uns ein Trend, der vor allem bei jungen Menschen zunehmend zu  
912 beobachten ist: nutzen statt besitzen. Diesen Trend wollen wir verstärken und  
913 Alternativen zu herkömmlichem Konsumverhalten forcieren – auch, weil  
914 hinsichtlich der Rebound-Effekte reine Effizienzstrategien ohne Suffizienz nicht  
915 ausreichen.

916 Die Sharing Economy kann gewerblich oder gemeinnützig sein. Für eine faire  
917 Nutzung von Sharing-Angeboten müssen Verbraucher\*innen erkennen können, welche  
918 Anbieter gewerblich handeln und welche nicht. Hierfür sind besser handhabbare  
919 Kriterien notwendig, die beiden Arten der Sharing Economy voneinander  
920 abzugrenzen. Vermittlungsplattformen gewerblicher Anbieter müssen gekennzeichnet  
921 sein und geltenden Verbraucher\*innenschutz umfassend umsetzen. Unter dem  
922 Deckmäntelchen des Teilens und der effizienten Nutzung dürfen soziale und  
923 arbeitsrechtliche Standards nicht unterlaufen werden.

924 Das Land Baden-Württemberg hat mit seiner Marktmacht als Einkäufer große  
925 Vorbildfunktion. Die unter Grün-Rot beschlossene Anpassung der  
926 Beschaffungsregeln, die ökologische und soziale Kriterien bei der Vergabe  
927 berücksichtigen, waren richtig. Nun wollen wir einen Schritt weitergehen und die  
928 nachhaltige Beschaffung auf Landesebene verpflichtend machen. Dies beinhaltet  
929 insbesondere die Betrachtung der Lebenszykluskosten. Damit schaffen wir Märkte  
930 für nachhaltige Produkte und wirken lenkend auf effektive Änderungen bei der  
931 Produktion hin. Darüber hinaus wollen wir das europäische Vergaberecht ändern.

932 Projekt: Mit einem Förderprogramm wollen wir Reparaturen an Haushalts- und  
933 Elektrogeräten unterstützen. Der „Reparaturbonus“, wie er in der Stadt Graz und  
934 dem Land Oberösterreich angewendet wird, zielt auf die Wiederverwendung und  
935 Langlebigkeit der Produkte ab.

936 Projekt: Initiativen wie solidarische Landwirtschaften wollen wir fördern, indem  
937 wir Förderprogramme gezielt auf die Strukturen der SoLaWis anpassen.

938 Projekt: Die Produktverantwortung der Hersteller und Vertreiber soll auf den  
939 gesamten Lebenszyklus eines Produkts ausgeweitet werden. Dafür setzen wir uns im  
940 Bund und in der EU ein. Dies gilt insbesondere für die Bereithaltung von  
941 Ersatzteilen oder die Verpflichtung zu Softwareupdates. Das beinhaltet ein  
942 Verbot der Vernichtung von Retour-Sendungen beim Onlinehandel.

943 Supermärkte und Lebensmittelhändler werfen Tag für Tag große Mengen nicht mehr  
944 verkäuflicher Lebensmittel weg. Wir wollen – analog zur französischen Regelung  
945 –, dass Supermärkte ab einer Ladengröße von 400 Quadratmeter verpflichtet  
946 werden, Lebensmittel, die sie ansonsten wegwerfen würden, an gemeinnützige  
947 Organisationen zu spenden.

## 948 **2.4 Recycling zum Innovationsmotor der Kreislaufwirtschaft** 949 **machen**

950 Wir wollen den Materialfluss unseres Wirtschaftens schließen zu einer echten  
951 Kreislaufwirtschaft. Dafür müssen Produkte von Anfang an so designt sein, dass  
952 sie reparaturfreundlich, langlebig und gut recycelbar sind. Das wichtigste  
953 politische Ziel für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft ist die Ökodesign-

954 Richtlinie der EU. In den aktuellen Entwürfen der Kommission zur Novelle der  
955 Richtlinie nimmt das Thema Material- und Ressourceneffizienz neben den  
956 bestehenden Energieeffizienzanforderungen einen wichtigen Raum ein. Produkte  
957 sollen so designt sein, dass ihre Einzelteile leicht ersetzt und recycelt werden  
958 können. Neue Anforderungen an die Ersatzteilverfügbarkeit, Angabe von  
959 enthaltenen kritischen Rohmaterialien und Anleitungen zur Demontier-  
960 beziehungsweise Rezyklierbarkeit von Produkten bekommen einen festen Platz. Wir  
961 setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass dieser Weg stringent und umfassend  
962 weiter beschriftet wird und die neue Ökodesign-Richtlinie weltweit neue  
963 Standards in der Produktverantwortung setzt. Der höchste technologische Standard  
964 soll dabei zur Regel werden, wie dies in Japan mit dem Front-Runner-Prinzip  
965 schon der Fall ist. Wir wollen Vorbild und Spitzenreiter sein.

966 Vordringlich ist es, die Recyclingziele über viele Massen-Stoffströme hinweg  
967 anzuheben, am dringlichsten bei Kunststoffen, deren Quoten seit 20 Jahren  
968 unverändert niedrig sind. Trauriges Ergebnis ist unter anderem die alarmierende  
969 Verschmutzung der Meere mit Plastikmüll. Jährlich gelangen zwischen 4,8 und 12,7  
970 Millionen Tonnen Plastikmüll in die Ozeane. Während die EU-Kommission mit ihrer  
971 Plastikstrategie und andere europäische Staaten mit verbindlichen  
972 Reduktionszielen und Verboten für Einmalprodukte den Kampf gegen die Plastikflut  
973 angenommen haben, fehlt es in Deutschland besonders CDU/CSU und SPD am  
974 politischen Willen. Deutschland ist europäisches Schlusslicht bei der  
975 Plastikvermeidung und hat in Europa den größten Pro-Kopf-Verbrauch von Plastik.  
976 Unnötige Verpackungen und Einwegprodukte sollen vermieden werden und durch  
977 wiederverwendbare Mehrwegverpackungen und -produkte ersetzt werden.  
978 Anspruchsvolle Recyclingquoten sind ein wichtiger Weg, Materialkreisläufe zu  
979 schließen. Außerdem wollen wir die Nachfrage nach recycelten Kunststoffen  
980 (Rezyklaten) in allen Branchen fördern. Dass das Bundesverpackungsgesetz eine  
981 finanzielle Belohnung von Rezyklateinsatz in Verpackungen vorsieht, ist gut. Wir  
982 setzen uns zudem für verbindliche Rezyklatquoten ein. Es ist gut, dass sich alle  
983 Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene auf eine Rezyklateinsatzquote von 25  
984 Prozent bei PET-Flaschen verständigt haben. Wir begrüßen außerdem, dass die  
985 Landesregierung unter grüner Führung viel dafür getan hat, den illegalen Export  
986 von Elektroschrott zu unterbinden. Die Abfallverbringungskontrollen und der  
987 Vollzug müssen ausgeweitet werden, um verstärkt illegale Verbringungen von  
988 Abfällen aufzudecken und weitere Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

989 Mit gezielten Bauvorschriften können beispielsweise modulare Bau- und  
990 Konstruktionsweisen fest verankert werden. Das ermöglicht einen vereinfachten  
991 Rückbau und damit auch ein einfacheres Recycling von Baustoffen. Mit innovativen  
992 Baustoffen wie bspw. Carbon-Beton-Verbundstoffen kann Beton schon bei der  
993 Fertigung eingespart werden. Ressourcen- und energieschonender Recyclingbeton  
994 (RC-Beton) ist qualitativ vergleichbar mit Beton aus Primärrohstoffen und kann  
995 somit in den Kreislauf zurückgeführt werden. Das schont die Umwelt und spart  
996 obendrein Kosten. Den Weg, vermehrt Holz als Baustoff einzusetzen, gehen wir  
997 weiter. Wir wollen das Bauen mit Holz weiter fördern und unsere Vorreiterrolle  
998 in Deutschland weiter ausbauen. Dafür werden wird die Holzbauoffensive des  
999 Landes verstärken und weiterentwickeln, eine Holzbauquote beim staatlichen

1000Hochbau Baden-Württemberg einführen und auf Bundesebene für die Einführung einer  
1001nationalen Holzbaustrategie nach schwedischem Vorbild einsetzen.

1002In Deutschland könnten die in kommunalen Abwässern enthaltenen Phosphate einen  
1003beträchtlichen Teil des Bedarfs der Landwirtschaft decken. Das von den Pflanzen  
1004aus dem Ackerboden aufgenommene Phosphat gelangt über die Nahrung in Tiere und  
1005Menschen, wird größtenteils wieder ausgeschieden und landet so schließlich in  
1006den Kläranlagen. Die grün-geführte Landesregierung hat Pilotprojekte auf den Weg  
1007gebracht, die Rückgewinnung des Phosphors aus dem unverbrannten Klärschlamm  
1008voranzutreiben. Wir unterstützen diesen Weg und wollen Kläranlagen noch stärker  
1009zur Rohstoffgewinnung nutzen.

1010Projekt: Wir werden prüfen, in welchen Bereichen und wie die Einschleusung von  
1011Sekundärrohstoffen in Primärprozesse verstärkt vorangetrieben werden kann.

1012Projekt: Wir wollen eine Recyclingbeton-Quote für Landesliegenschaften  
1013einführen.

1014Pilotprojekt: Wir wollen zusammen mit Unternehmen eine Initiative zur Verwendung  
1015von Rezyklatplastik anstoßen und dabei die Verbraucher\*innen eng einbinden.

## 1016**2.5 Digitalisierung grün gestalten und für Ressourcenschutz** 1017**nutzen**

1018Global wie der Klimawandel und seine Ursachen wirkt auch die Digitalisierung.  
1019Die Digitalisierung ist eine Basisinnovation und verändert unser Leben, unser  
1020Arbeiten, unsere Kommunikation und unser Wirtschaften. Die erste Phase der  
1021Digitalisierung mit steigenden Rohstoff- und Energieverbräuchen hat bereits zur  
1022weiteren Verschmutzung unserer Atmosphäre beigetragen. Für eine langfristig  
1023klimagerechte Lebens- und Wirtschaftsweise ist daher die grüne Gestaltung der  
1024Digitalisierung entscheidend. Wir wollen die Innovationskraft der  
1025Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen. Damit diese sich entfalten kann,  
1026setzen wir auf das Klimadreieck der Digitalisierung: Klimaneutralität des  
1027Energie- und Ressourcenbedarfs der Digitalisierung erreichen, Handeln gegen den  
1028Rebound-Effekt und Innovationsförderung.

### 1029*Energie- und Ressourcenbedarf der Digitalisierung klimaneutral machen*

1030Digitalisierung führt weltweit zu einem steigenden Energiebedarf. Computer und  
1031Netze in Deutschland verbrauchten 2017 58,4 TWh Strom, was 2,3 Prozent des  
1032Gesamtstrombedarfes und 30,7 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> entspricht. Die  
1033Virtualisierung von Prozessen etwa durch Cloud-Dienste und Online-Streaming  
1034trägt dazu bei, dass trotz massiven Effizienzsteigerungen in den letzten zehn  
1035Jahren der Stromverbrauch nur konstant gehalten werden konnte. Digitale Produkte  
1036im Haushalt wie in der Industrie produzieren mehr und mehr Daten, die in  
1037Rechenzentren verarbeitet werden. Um die Klimaziele zu erreichen, brauchen wir  
1038zügig CO<sub>2</sub>-neutrale Rechenzentren, die Abwärme nutzen, intelligent kühlen und mit  
1039erneuerbarem Strom betrieben werden. Dazu brauchen wir Green-IT im weitesten  
1040Sinne, von der Hardwarebeschaffung bis zur Algorithmenoptimierung. Deshalb sind  
1041das Land wie die Kommunen und der Bund mit den eigenen Rechenzentren, der  
1042Bürokommunikation in der Verwaltung und den Hochschulen in der Pflicht, Energie

1043 einzusparen. Beim Land ist die Steigerung des Strombedarfs überwiegend auf den  
1044 Strombedarf der IT zurückzuführen. Handlungsbedarf sehen wir in der Beschaffung,  
1045 im Bezug von Ökostrom, und bei CO<sub>2</sub>-neutralen Rechenzentren. Das Land Baden-  
1046 Württemberg muss dabei vorangehen. Auch die großen Digitalisierungsprogramme des  
1047 Landes und der Städte und Gemeinden, die vom Land bei der Digitalisierung  
1048 unterstützt werden, müssen in allen Bereichen, von der E-Akte über Tablets in  
1049 der Schule bis zur Landesstrategie Künstliche Intelligenz, klimaneutral werden.

#### 1050 *Handeln gegen den Rebound-Effekt*

1051 Mit Hilfe der Digitalisierung können wir viel effizienter und mit weniger  
1052 Ressourcenbedarf wirtschaften, arbeiten und mobil sein. Damit dieses Potenzial  
1053 genutzt werden kann, darf es nicht dem Rebound-Effekt zum Opfer fallen. Dieser  
1054 beschreibt das Phänomen, dass eingesparte Ressourcen umgehend zu mehr Verbrauch  
1055 führen. Unser politisches Ziel ist es, den Rebound-Effekt zu minimieren. Ein  
1056 Beispiel ist das autonome Fahren, das wir im Land mit dem Testfeld Autonomes  
1057 Fahren und im Strategiedialog Automobilwirtschaft vorantreiben. Wir wollen, dass  
1058 das autonome Fahren nicht zu einer reinen Veränderung des motorisierten  
1059 Individualverkehrs führt, sondern setzen auf einen individualisierten und  
1060 flexiblen neuen öffentlichen Verkehr wie autonome Kleinbusse im 24-Stunden-  
1061 Betrieb – ein neuer iÖPNV, der zur Verlagerung auf den effizienteren  
1062 Verkehrsträger beiträgt. Autonome Fahrzeuge können leicht zu zusätzlichem  
1063 Verkehr mit Leerfahrten und unendlichem Parksuchverkehr führen – darum gehört  
1064 unser Einsatz für das autonome Fahren und unser Einsatz für die Bepreisung des  
1065 öffentlichen Raums untrennbar zusammen.

#### 1066 *Digitale Innovation massiv fördern*

1067 Der globale Klimaschutz braucht neue Ideen, die bisher noch niemand gedacht oder  
1068 noch niemand entwickelt hat. Darum setzen wir mit der von der grün-geführten  
1069 Landesregierung ins Leben gerufenen Digitalisierungsstrategie des Landes massiv  
1070 auf offene Innovation, deren Ergebnisse nicht politisch vorgegeben sind. Die  
1071 bereits greifbaren digitalen Innovationen für den Klimaschutz bringen wir in die  
1072 Fläche. Zum smarten Verkehr gehören Echtzeit-Apps und komfortables Ticketing für  
1073 den ÖPNV und die vernetzte Mobilität. Videokonferenzen und Teleworking sind  
1074 moderne Tools der Verkehrsvermeidung. Wir wollen sie im öffentlichen Dienst mehr  
1075 nutzen. Die digitale Steuerung der Energienetze, besonders des Stromnetzes, ist  
1076 entscheidend dafür, 100 Prozent Erneuerbare zu erreichen. Darum ist das Land  
1077 bereits Vorreiter bei Smart Grids. Der Ausgleich zwischen Erzeuger und  
1078 Verbraucher\*innen kann unter anderem durch Deep Learning zur Mustererkennung  
1079 noch besser gesteuert werden. Die notwendige Forschung dazu wird in Karlsruhe  
1080 betrieben. Im Bereich der Produktion gilt schon heute: Ungesteuerter Verbrauch  
1081 von Ressourcen verschwindet. Digital ist effizient! In Baden-Württemberg machen  
1082 sich Unternehmen auf, Wirtschaft 4.0 umzusetzen. Dabei unterstützt das Land zum  
1083 Beispiel eingebettete Sensoren und Echtzeit-Datenanalyse in der Produktion, die  
1084 den Rohstoffverbrauch und den Energiebedarf senken und gut fürs Klima sind.  
1085 Dafür steht unser Projekt der Ultraeffizienzfabrik.

### 1086 **III Ausblick: Leben innerhalb der planetaren** 1087 **Grenzen**

1088 Unser Planet ist erschöpft. Wir leben über unsere Verhältnisse. Und die  
1089 Klimakrise hat unabsehbare Folgen auf das gesamte Ökosystem der Erde. Das  
1090 zerstörerische, ressourcenverbrauchende Wachstum der Industrieländer hat keine  
1091 Zukunft. Wir wollen die planetaren Grenzen achten und hinterfragen Wachstum  
1092 kritisch. Der „Earth Overshoot Day“ schreitet immer mehr in die Mitte des  
1093 Jahres. An diesem Tag sind nicht nur die endlichen Ressourcen, sondern auch die  
1094 nachwachsenden eines Jahres verbraucht. Wir haben das technische Wissen, Wege  
1095 aus der Krise zu finden. Baden-Württemberg als eine der reichsten Regionen  
1096 Europas und der Welt erkennt seine historische Verantwortung an, diese  
1097 ökologische Evolution voranzutreiben. Wir bekennen uns außerdem zur  
1098 Verantwortung von Baden-Württemberg gegenüber Menschen, die aufgrund des  
1099 Klimawandels ihre Heimat verlassen müssen. Wir sehen Baden-Württemberg in der  
1100 Pflicht, sich national und international für die Realisierung von Klimapässen  
1101 einzusetzen. Bewohner\*innen, welche in Regionen leben, die durch die Klimakrise  
1102 unbewohnbar werden, muss es ermöglicht sein, durch eine selbstbestimmte und  
1103 legale Migration eine neue Heimat zu finden. Diese Klimapässe sollen zusätzlich  
1104 und nicht alternativ zu bereits bestehenden Initiativen und Forderungen der  
1105 bedrohten Regionen etabliert werden.

1106 Wir werden unseren Anteil zur Bekämpfung der Klimakrise leisten und Vorreiter  
1107 sein, um zu beweisen: Wohlstand und wirtschaftliche Prosperität sind möglich,  
1108 ohne dauerhaft auf Kosten des Planeten zu leben und zu wirtschaften. Mit Beginn  
1109 unserer grün-geführten Regierung in Baden-Württemberg haben wir Fenster und  
1110 Türen aufgestoßen. Das war dringend nötig. Veränderung braucht Mut und  
1111 entschlossenes Handeln. Wir begreifen die Evolution hin zu einer klimaneutralen,  
1112 dekarbonisierten Gesellschaft als eine immense Chance. Das Ende des fossilen  
1113 Industriezeitalters kann der Beginn einer neuen, begeisternden grünen Wirtschaft  
1114 sein. Einer Wirtschaft, die Wohlstand sichert und gleichzeitig Natur achtet und  
1115 schützt.